

BaFin | Postfach 12 53 | 53002 Bonn

Vorab per E-Mail

Herrn
Martin Schulz als "Vorstand" des
nicht eingetragenen Vereins
"Kooperationskasse"
Coswiger Straße 7
06886 Lutherstadt Wittenberg

13.06.2014

GZ: Q 32-QF 5000-2014/0090(46866) - Go (Bitte stets angeben)
2014/0815189

Unerlaubtes Betreiben des Einlagengeschäfts nach § 32 Abs. 1 i.V.m. § 1
Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG

Abwicklungsanordnung
Weisung zur Abwicklung
Auskunfts- und Vorlegungsersuchen
Androhung der Festsetzung eines Zwangsgeldes
Gebührenfestsetzung

I.

Gemäß § 37 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz - KWG) gebe ich Ihnen auf, das Einlagengeschäft unverzüglich abzuwickeln.

Hierzu weise ich Sie an, alle unbedingt rückzahlbaren Anlegergelder, die Sie für die „Kooperationskasse“ angenommen haben, unverzüglich an die jeweiligen Anleger zurückzahlen.

II.

Gemäß § 44c Abs. 1 KWG ersuche ich Sie, mir über den Umfang des im Namen der „Kooperationskasse“ betriebenen Einlagengeschäfts, dessen Abwicklung und die damit verbundenen Zahlungsflüsse zu berichten, indem Sie

1. mir innerhalb von **einer Woche ab Zustellung dieses Bescheides per Telefax** eine aktualisierte, vollständige Aufstellung übermitteln, aus der sich sämtliche Anleger der „Kooperationskasse“ in alphabetischer Reihenfolge mit Namen, Anschrift und der Summe der von diesen angenommenen, unbedingt rück-

**Abteilung
Erlaubnispflicht und Verfolgung unerlaubter Geschäfte**

Hausanschrift:
Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn | Germany

Kontakt:
Herr Gohr
Referat Q 32
Fon +49 (0)2 28 41 08-1853
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550
poststelle@bafin.de
www.bafin.de

Zentrale:
Fon +49 (0)2 28 41 08-0
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550

Dienstsitze:
53117 Bonn
Graurheindorfer Str. 108

53175 Bonn
Dreizehnmorgenweg 13-15
Dreizehnmorgenweg 44-48

60439 Frankfurt
Marie-Curie-Str. 24-28

Seite 2 | 13

zahlbaren Gelder ergeben, soweit diese bei Zustellung dieses Bescheides noch nicht zurückgezahlt wurden;

2. mir innerhalb von **einer Woche ab Zustellung dieses Bescheides per Telefax** eine Auflistung folgender Konten unter Beifügung der diesbezüglichen Kontounterlagen (insbesondere Kontoeröffnungsunterlagen und sämtliche Kontoauszüge) übermitteln:
 - a. deren Inhaber Sie allein oder gemeinsam mit Dritten sind;
 - b. über die Sie Verfügungsbefugt sind;
 - c. über die unbedingt rückzahlbare Anlegergelder im Rahmen der im Namen der „Kooperationskasse“ betriebenen Geschäfte angenommen oder weitergeleitet wurden oder werden bzw. auf denen aktuell entsprechende Gelder vorhanden sind.
3. mir innerhalb von **zwei Wochen ab Zustellung dieses Bescheides per Telefax** durch geeignete Unterlagen, insbesondere Kontoauszüge, die vollständige Abwicklung des von Ihnen im Namen der „Kooperationskasse“ unerlaubt betriebenen Einlagengeschäfts nachweisen.

III.

1.

Für den Fall, dass Sie meiner Anordnung zu der **Ziffer I.** des Tenors dieses Bescheides nicht oder nicht vollständig innerhalb einer Frist von **einer Woche ab Zustellung dieses Bescheides per Telefax** nachkommen sollten, drohe ich Ihnen hiermit gemäß § 13 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (VwVG) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz - FinDAG) die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von jeweils

200.000,00 Euro
(in Worten: zweihunderttausend Euro)

an.

Seite 3 | 13

2.

Ferner drohe ich Ihnen für den Fall, dass Sie Ihren Auskunfts- und Vorlegungspflichten zu den Ziffern **II.1., II.2.a)** bis **c)** und/oder **II.3.** des Tenors dieses Bescheides nicht oder nicht vollständig innerhalb der **dort angegebenen Fristen** nachkommen sollten, für jeden einzelnen Verstoß die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von jeweils

200.000,00 Euro
(in Worten: zweihunderttausend Euro)

an.

IV.

Für die Anordnung zu **Ziffer I.** des Tenors dieses Bescheides setze ich gemäß § 14 Abs. 1 und 2 FinDAG in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAGKostV) und Nummer 1.1.16.1.1. des Gebührenverzeichnisses dieser Verordnung eine Gebühr von

10.000,00 Euro
(in Worten: zehntausend Euro)

fest.

Begründung

I.

1.

Die von Ihnen als „Vorstand“ geleitete, als nicht eingetragener Verein organisierte „Kooperationskasse“ (nachfolgend KK) warb auf ihrer Internetseite www.kooperationskasse (Stand: 26.05.2014) für „Sparbücher“ (Rechtschreibfehler wurden durch den Unterzeichner korrigiert):

„Die Kooperationskasse war ein Forschungsprojekt, um im Bereich Finanzen, Banken'-wesen und Geld Erfahrungen zu sammeln. Ziel war es, ein faires und dauerhaft stabiles Werte- und Geldsystem zu erreichen.

[...]

Gegenwärtig werden keine Gelder angenommen und wir werden in der nächsten Zeit ihre Tätigkeit vollständig einstellen. Wir bieten den ‚Anlegern‘ den Übergang in das Königreich Deutschland an.

[...]

Die Kooperationskasse war zu vergleichen mit einem selbstlos tätigen Geldinstitut, wobei dabei der Mensch und die Förderung der Region im Mittelpunkt standen. Sie war mit einer Art alternativen ‚Zentralbank‘ zu vergleichen [...], ohne dabei Bankgeschäfte im Sinne des bundesrepublikanischen Kreditwesengesetzes zu leisten. Sie ist im rechtlichen Sinne also keine Bank oder Sparkasse.

[...]

Sie unterscheidet sich in vielen Dingen grundlegend von den üblichen Verhaltensweisen einer Bank. Es steht nicht die Gewinnmaximierung im Mittelpunkt, sondern das Allgemeinwohl. [...]

[...]

Für uns war die Kooperationskasse die Möglichkeit, mit Ihrer Hilfe, durch eine an Bedingungen geknüpfte Einlage, dem Verein die Möglichkeit zu geben, gemeinwohlorientierte Unternehmungen zu finanzieren.

[...]

Auch im Anlagebereich leistete die Kooperationskasse erheblich mehr als eine übliche Bank.

[...]

Die Rückzahlung Ihrer Einlagen ist jedoch an die Bedingung geknüpft, dass die Rückforderung der Einlage nicht zur Insolvenz des Vereins führen darf. Dies könnte theoretisch eintreten, wenn alle Einleger gleichzeitig unerwartet alle ihre Einlagen zurückfordern würden. Aber gegenwärtig wollen die meisten Menschen ihre bunten Zettel, genannt Euro, lieber in den ‚harten‘ ENGEL oder in Sachwerte investieren. Genau dies taten wir mit den Einlagen, die in die Kooperationskasse flossen.

Die folgenden Seiten informieren Sie näher über verschiedene Anlagemodelle und Aktivitäten, die durch die Kooperationskasse gefördert wurden.

[...]

Wollen Sie mit uns zusammenarbeiten oder Geld anlegen, finden Sie hier die Möglichkeit dazu."

Seite 5 | 13

Weiter hieß es auf <http://kooperationskasse.de/index.php/aufgaben-ziele.html> (Stand: 26.05.2014):

„Die Aufgaben der Kooperationskasse waren und sind sehr vielseitig. Ziel ist es, die regionale Wirtschaft zu fördern und dabei gleichzeitig dem Allgemeinwohl zu dienen. Zudem gehörten Forschung und Entwicklung in den Bereichen eines neuen Geldsystems und eines neuen Wirtschafts- und Wertesystems zu den Aufgaben.“

Unter <http://kooperationskasse.de/index.php/foerderung-der-region.html> (Stand: 26.05.2014) warb die KK weiter:

„[...] Leider nehmen die Banken ihre sozialen Verpflichtungen [...] nicht mehr wahr. Sie investieren im Zeitalter der Globalisierung aus Profitinteressen heraus in die Länder, in denen die höchsten Gewinne locken.

[...]

Betrachtet man diese Vorgehensweisen der etablierten Banken, so erkennt man, dass es endlich ein ethisch handelndes Finanzinstitut braucht, das eine echte Alternative zum bestehenden System des Raubtierkapitalismus bietet.

Die Kooperationskasse ist dieses Finanzinstitut.

[...]

Gern können Sie sich ausführlich und konkret beraten lassen. Vereinbaren Sie einfach einen Termin mit uns.“

Die vermeintliche Sicherheit der Ersparnisse bei der KK wurde unter <http://kooperationskasse.de/index.php/sicherung-ihrer-ersparnisse.html> (Stand: 26.05.2014) wie folgt begründet:

„Sie haben sicher schon bemerkt, dass durch die gegenwärtige Inflationsrate keine Anlage bei einer Bank sinnvoll erscheint und Ihre Ersparnisse dauerhaft retten kann. All diese Bankanlagen sind selbst für den Banker undurchsichtig und unsicher geworden. Garantien gibt es nicht wirklich.

[...]

Bei uns sehen Sie, was mit Hilfe Ihres Geldes geschaffen wird.

[...]

Seite 6 | 13

So können Sie sich wirklich sicher sein, dass Ihr Geld sinnvoll und wertstabil angelegt ist."

Auf <http://kooperationskasse.de/index.php/projekte.html> (Stand: 26.05.2014) wurden die von der KK geförderten „aktuellen Projekte“ vorgestellt:

„Da immer mehr Menschen unsere Alternative zu einer Bank nutzen, konnten wir nun auch größere Projekte, die dadurch auch größere Autarkie ermöglichen, ins Leben rufen."

Unter <http://kooperationskasse.de/index.php/investition-bzw-spende.html> (Stand: 26.05.2014) wurde weiterhin für Investitionen und Spenden geworben:

„Möchten Sie Ihr Geld sinnvoll und zinsfrei anlegen? Dann eröffnen Sie bei uns ein [Sparbuch](#)."

Die hinter dem Wort „Sparbuch“ verlinkte Seite war zum 26.05.2014 nicht abrufbar.

Als Kontoverbindung der KK war auf der Internetseite <http://kooperationskasse.de/index.php/bankverbindung.html> (Stand: 25.03.2014) ein auf Ihren Namen geführtes Konto bei der ING-Bank Polen angegeben.

Zum 03.06.2014 wurden Besucher der Internetseite www.kooperationskasse.de automatisch auf die Internetseite www.reichsbank.org weitergeleitet. Die übrigen Internetseiten der KK waren nicht mehr abrufbar. Zum 12.06.2014 war die o.g. Internetseite der KK wieder abrufbar. Auf der Startseite führt die KK aus:

„Die Kooperationskasse war ein Forschungsprojekt, um im Bereich Finanzen, ‚Banken‘-wesen und Geld Erfahrungen zu sammeln. Ziel war es, ein faires und dauerhaft stabiles Werte- und Geldsystem zu erreichen.

Dabei hatten Wir Uns den Leitsatz des Grundgesetzes zum Anlass genommen, um ein nach diesem Prinzip arbeitendes, neues Finanzinstitut zu schaffen und mit diesem zu experimentieren. Die Experimente sind nun abgeschlossen und die Essenzen der Erfahrungen werden nun in der ‚Königlichen Reichsbank‘ des Königreiches Deutschland angewendet."

Ferner behauptet die KK in ihrem Impressum, ihren Sitz nunmehr in Paraguay zu haben. Eine „Außenstelle“ befinde sich in Wittenberg.

Seite 7 | 13

2.

Aus Unterlagen, die ich im Rahmen einer Durchsuchung der Geschäftsräume der KK sowie der Privaträume Ihres „*Hintermanns*“, Herrn Peter Fitzek, am 25.04.2013 sichergestellt habe, ergibt sich, dass die KK mit ihren „*Sparbüchern*“ zum 25.04.2013 von **mindestens 558 Anlegern** (mit weit überwiegendem gewöhnlichem Aufenthalt im Inland) insgesamt **mindestens 1.207.048,64 Euro** angenommen hatte. Dies hatte ich Ihrem „*Hintermann*“, Herrn Peter Fitzek, bereits mit meinem Anhörungsschreiben vom 03.02.2014 zum Vorgang Q 32-QF 5000-2012/0159 (42832) - Go mitgeteilt, der mit Schreiben vom 14.02.2014 die Existenz von 336 „*Kapitalüberlassungsverträgen*“ bestätigte und die Diskrepanz mit einer mangelhaften Buchführung begründete.

Mit bestandskräftigem Bescheid vom 11.03.2014 zum Vorgang Q 32-QF 5000-2012/00159 (42832)-Go untersagte ich Ihrem „*Hintermann*“, Herrn Fitzek, den Betrieb des Einlagengeschäfts durch die Annahme unbedingt rückzahlbarer Publikumsgelder auf von der KK ausgegebenen „*Sparbüchern*“ und gab ihm die Abwicklung Ihrer erlaubnispflichtigen Geschäfte auf. Mit weiterem Bescheid vom 02.06.2014 zum Vorgang Q 32-QF 5000-2014/ 0088 (46843) - Go untersagte ich auch der KK als Gesellschaft bürgerlichen Rechts den Betrieb des Einlagengeschäfts und gab ihr die Abwicklung ihres Einlagengeschäfts auf.

Da der gesamte Schriftverkehr des Parallelvorgangs auch über das Telefaxgerät der KK lief, deren „*Vorstand*“ Sie sind, ist Ihnen dieser vollständig bekannt. Zur Vermeidung von Wiederholungen nehme ich daher bezüglich der Einzelheiten auf den gesamten Schriftwechsel in den genannten Parallelvorgängen Bezug.

II.

Die formellen und materiellen Voraussetzungen des § 37 Abs. 1 Satz 1 und 2 KWG sind erfüllt (unter 1). Der Erlass einer Abwicklungsanordnung ist verhältnismäßig (unter 2).

1. Formelle Voraussetzungen

Die formellen Voraussetzungen sind erfüllt.

a) Sie sind potentieller Adressat förmlicher Verfügungen nach §§ 37, 44c KWG.

Seite 8 | 13

Als „Vorstand“ der KK und ihres „Rechtsträgers“, des (ebenfalls nicht eingetragenen) Vereins „NeuDeutschland“ haften Sie nach § 54 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) persönlich für die im Namen der KK geschlossenen Verträge. Sie sind daher (neben Herrn Fitzek als Ihrem „Hintermann“ und der KK als GbR) Betreiber des Einlagengeschäfts. Dabei ist nicht erforderlich, dass Sie diese Verträge persönlich unterzeichnen - es reicht bereits aus, dass Sie sich durch Dritte vertreten lassen.

Ihrer Ordnungspflichtigkeit steht auch nicht entgegen, dass die KK tatsächlich von Herrn Fitzek geleitet wird, der sämtliche Geschäftsentscheidungen innerhalb der KK trifft und sich Ihrer lediglich zur Verschleierung seiner eigenen Verantwortung bedient. Ein vorgeschobener „Strohmann“ haftet nach allgemeiner, unbestrittener Auffassung neben dem tatsächlich verantwortlichen „Hintermann“ für die formal von ihm geleiteten Geschäfte.

Darüber hinaus sind Sie auch direkt in wesentliche Teilakte der unerlaubten Geschäfte der KK einbezogen, da diese Ihr Konto bei der ING-Bank Polen zur Abwicklung ihres Zahlungsverkehrs nutzt. Auch aus diesem Grunde sind Sie unmittelbar Adressat hoheitlicher Maßnahmen nach §§ 37, 44c KWG.

b) Ihnen wurde gemäß § 28 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) mit Schreiben vom 05.05.2014 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Diese Möglichkeit nahmen Sie bislang nicht wahr.

2. Ermächtigungsgrundlage: § 37 Abs. 1 KWG

Die KK betreibt mit der Annahme von Anlegergeldern (über Ihr Konto) auf ihren „Sparbüchern“ in erlaubnispflichtiger Weise Bankgeschäfte, namentlich das Einlagengeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG i. V. m. § 32 Abs. 1 KWG.

Das Einlagengeschäft betreibt nach § 32 Abs. 1 KWG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG in erlaubnispflichtiger Weise, wer im Inland gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, fremde Gelder als Einlage oder andere unbedingt rückzahlbare Gelder des Publikums annimmt, sofern der Rückzahlungsanspruch nicht in Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen verbrieft ist.

a) Die KK ist im Inland tätig und handelt in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert. Hier- von gehe ich in ständiger - höchstrichterlich bestätigter - Verwaltungs-

Seite 9 | 13

praxis ab 25 Einzeleinlagen aus. Die KK verwaltet die Gelder von mindestens 558 Anlegern, die nahezu alle ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben. Dass die KK ihren Sitz angeblich nach Paraguay verlegt hat, ist daher unbeachtlich.

b) Die KK betreibt das Einlagengeschäft, indem sie unbedingt rückzahlbare Publikumsgelder annimmt.

Die von der KK auf den „Sparbüchern“ verwalteten Anlegergelder sind unbedingt rückzahlbare Gelder des Publikums. Dies folgt aus dem „Kapitalüberlassungsvertrag/Genußrecht“ (nachfolgend KÜV), auf dessen Grundlage die KK die Gelder ihrer Anleger annimmt. Die Klausel des KÜV, mit der ein unbedingter Rückzahlungsanspruch ausgeschlossen werden soll, ist nach § 305c Abs. 1 BGB unwirksam. Darüber hinaus schließt die bloße Verpflichtung der Anleger, einem weiteren nicht eingetragenen Verein des Herrn Fitzek beizutreten, die Publikumseigenschaft nicht aus.

Beides habe ich mit Untersagungsverfügung vom 02.06.2014 im Parallelvorgang Q 32-QF 5000-2014/0088 (46843) - Go ausführlich dargelegt. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweise ich auf die dortigen Ausführungen, die Ihnen als „Vorstand“ der KK bekannt sind.

c) Die KK betreibt nach wie vor das Einlagengeschäft. Das Einlagengeschäft wird bis zu seiner vollständigen Abwicklung betrieben.

Dass die KK ihren Anlegern in einem nicht mit mir abgestimmten Verfahren einen Wechsel in die „Königliche Reichsbank“ anbietet, stellt keine taugliche Form der Abwicklung dar, sondern weckt erhebliche Zweifel an Ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, eine bankaufsichtlich ordnungsgemäße Abwicklung sicherzustellen.

d) Die nach § 32 Abs. 1 KWG für den Betrieb des Einlagengeschäfts erforderliche Erlaubnis wurde weder Ihnen, noch der KK oder Herrn Fitzek erteilt.

3. Ermessen

Gemäß § 37 Abs. 1 KWG steht die Entscheidung über die zur Einstellung des unerlaubten Geschäftsbetriebes erforderlichen Maßnahmen in meinem pflichtgemäßen Ermessen.

Seite 10 | 13

Ein hoheitliches Einschreiten ist auch gegen Sie als „*Strohmann*“ geboten, da Ihr „*Hintermann*“, Herr Fitzek, weiterhin nicht bereit ist, den ihm persönlich aufgelegten Weisungen Folge zu leisten.

a) Im Übrigen hält die Abwicklungsanordnung unter **Ziffer I.** des Tenors dieses Bescheides die gesetzlichen Grenzen des Ermessens ein. Sie ist geeignet, erforderlich und belastet Sie nicht unverhältnismäßig.

Insbesondere mit Blick auf die Anlegergelder, die Sie auf Ihrem Privatkonto bei der ING Bank Polen angenommen haben, ist diese Maßnahme geeignet, um Sie zu einer bankaufsichtlich ordnungsgemäßen Abwicklung der Einlagengeschäfte der KK **auch gegen Ihren Willen** anzuhalten, da ich diese nötigenfalls zwangsweise durchsetzen kann.

Die Abwicklungsanordnung ist auch erforderlich, da weiterhin nicht ersichtlich ist, dass Sie oder Ihr „*Hintermann*“ (Herr Fitzek) bereit wären, die Einlagengeschäfte der KK in einer bankaufsichtlich ordnungsgemäßen Weise abzuwickeln. Der Versuch, die unerlaubten Geschäfte der KK nach eigenem Gutdünken auf die ebenfalls unerlaubt tätige „*Königliche Reichsbank*“ zu übertragen, stellt keine taugliche Form der Abwicklung dar, sondern verdeutlicht das Erfordernis eines hoheitlichen Einschreitens.

Schließlich wahrt die Abwicklungsanordnung die Grenzen der Verhältnismäßigkeit. Die Anweisung zur sofortigen Rückzahlung der unbedingt rückzahlbaren Publikumsgelder belastet Sie schon allein deshalb nicht unverhältnismäßig, weil Ihnen sowohl die Erlaubnispflicht der Geschäftstätigkeit der KK ebenso wie ihre Verpflichtung zur sofortigen Abwicklung der unerlaubten Geschäfte aus den diversen Parallelvorgängen seit längerem positiv bekannt ist.

b) Ich weise ergänzend darauf hin, dass der Erlass einer Einstellungsanordnung **derzeit** allein deshalb unterbleibt, weil mir **aktuell** keine Belege dafür vorliegen, dass die KK weiterhin für ihre „*Sparbücher*“ wirbt oder unbedingt rückzahlbare Publikumsgelder annimmt. Namentlich die auf der Internetseite www.kooperationskasse.de ursprünglich eingestellten Informationen sind momentan nicht abrufbar. **Sollte mir gegenteilig bekannt werden, werde ich umgehend den Erlass weiterer gebührenpflichtiger Maßnahmen gegen Sie prüfen.**

III.

Gemäß § 44c Abs. 1 Satz 1 KWG bin ich befugt, von Ihnen Auskünfte über die Geschäftsangelegenheiten der KK und die Übersendung von Geschäftsunterlagen zu verlangen. Hierzu sind Sie als „Vorstand“ auch persönlich verpflichtet.

Von dieser Befugnis mache ich nach Maßgabe der **Ziffer II.** des Tenors dieses Bescheides Gebrauch.

Die Grenzen der Verhältnismäßigkeit sind auch insoweit gewahrt. Die ausdrückliche Weigerung Ihres „*Hintermanns*“, meinen Weisungen Folge zu leisten, macht eine umgehende Überprüfung der Einhaltung meiner Anordnung zu **Ziffer I.** des Tenors dieses Bescheides zwingend erforderlich, da ich in diesem Falle über die Bestellung einer geeigneten Person als Abwickler (§ 37 Abs. 1 Satz 2 KWG) zu entscheiden haben werde.

Gemäß §§ 44c Abs. 5, 44 Abs. 6 KWG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder einen Ihrer in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ZPO genannten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Die Vorlegungspflicht wird hiervon nicht berührt.

IV.

1. Androhung der Festsetzung eines Zwangsgeldes

Um die Beachtung der mit dieser Verfügung ausgesprochenen Anordnungen sicherzustellen, habe ich unter **Ziffer III.1.** und **2.** des Tenors dieses Bescheides jeweils die Festsetzung eines Zwangsgelds gemäß §§ 9, 11, 13 VwVG in Verbindung mit § 17 FinDAG in Höhe von 200.000,00 Euro angedroht. Ich werde die angedrohten Zwangsgelder festsetzen, wenn Sie meinen Anordnungen zu **Ziffer I.** und **II.** des Tenors dieses Bescheides nicht oder nicht vollständig nachkommen sollten.

Gemäß § 17 FinDAG beträgt die Höhe des Zwangsgeldes bis zu 250.000,00 Euro. Da Ihre unerlaubten Geschäfte bislang - trotz eines Einschreitens gegen Ihren faktischen Geschäftsführer und „*Hintermann*“, Herrn Fitzek - weder eingestellt, noch abgewickelt wurden und ich auch künftig keine Bereitschaft Ihrerseits erkennen kann, Ihre unerlaubten Geschäfte ordnungsgemäß einzustellen und abzuwickeln, muss ich annehmen, dass ich diese Pflichten nur mit der Androhung eines Zwangsgeldes von 200.000,00 Euro durchsetzen kann.

Seite 12 | 13

2. Festsetzung der Verwaltungsgebühr

Die Gebühr gemäß Ziffer **IV.** des Tenors dieses Bescheides wird gemäß § 14 Abs. 1 und 2 FinDAG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAGKostV) und der Ziffer 1.1.16.1.1. des Gebührenverzeichnisses dieser Verordnung festgesetzt. Nach dieser Vorschrift ist für die Anordnung der unverzüglichen Abwicklung des Einlagengeschäfts eine Gebühr in Höhe von 10.000,00 Euro zu erheben.

Die Gebühr in Höhe von **10.000,00 Euro** ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieser Verfügung unter Angabe des Kassenzzeichens

**BaFin 11574068977 5,
Az. Q32-QF 5000-2014/0090 (46866) - Go**

auf das nachstehende Konto einzuzahlen:

Deutsche Bundesbank, Filiale Saarbrücken

BLZ 590 000 00

Konto-Nr. 590 010 20

IBAN: DE 81590000000059001020

BIC: MARKDEF 1590

Ich weise darauf hin, dass die erhobene Gebühr innerhalb der angegebenen Frist auch bei etwaiger Einlegung eines Widerspruchs zu entrichten ist, da dem Widerspruch gegen die Festsetzung der Gebühr nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 VwGO keine aufschiebende Wirkung zukommt. Bei versäumter oder nur anteiliger Zahlung haben Sie mit weiteren Kostenerehebungen für Mahngebühren- und Auslagen zu rechnen.

3. sofortige Vollziehbarkeit

Gemäß § 49 KWG hat der Widerspruch gegen Maßnahmen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf der Grundlage der §§ 37, 44c KWG keine aufschiebende Wirkung.

Seite 13 | 13

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Bonn oder Frankfurt am Main erhoben werden.

Im Auftrag
gez. Gohr